

Deutsche dem Pass nach



Der Spiegel weist auf die deutschen *Communities* im Ausland hin. Aber nicht wie sie auf Mallorca, sondern zum Beispiel in Pakistan existieren. Auch in diesem Land leben eingebürgerte Deutsche, deren dort geborenen und aufwachsenden Kinder keinerlei Bezug zu Deutschland haben, aber *qua* Geburt deutsche Staatsbürger sind.

Damit die Deutschen im Rahmen der Kontakte mit dem Land ihrer Staatsbürgerschaft keine Verständigungsschwierigkeiten haben, sucht das Auswärtige Amt für die Botschaften und Konsulate nun Mitarbeiter, die neben *Urdu* auch noch *Punjabi* sprechen. Deutschkenntnisse stehen einer Einstellung aber wohl nicht im Wege.

Der [Spiegel](#) berichtet:

Er wird Geburtsurkunden einreichen, Lebensläufe, einen Brief, in dem er seine Zeit in Deutschland schildert, wie er dort selbst Deutscher wurde. Sie werden von ihm einen Nachweis der Vaterschaft verlangen. „Kein Problem“, sagt Akram, „ich bin ja der Vater.“ Und dann wird er wieder zurückfahren nach Lahore, wieder vier, fünf Stunden im Bus. Nach ein paar Wochen oder Monaten wird er einen Anruf erhalten, sie werden ihm sagen, dass er die bordeauxroten Pässe für seine Kinder abholen kann.

Damit sind auch sie jetzt offiziell Deutsche. Aber warum das alles?

„Ich will die Pässe nur als Rückversicherung“, sagt er. [...]

Diese Idee ist allerdings nicht nur bei in Pakistan lebenden Neudeutschen verbreitet. Auch hierzulande sind es zum Teil rein praktische Erwägungen, die zur gnädigen Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit führen.

Der Spiegel berichtet weiter:

Asif Akram und seine Kinder gehören zur wachsenden Gemeinde der deutschen Minderheit in Pakistan. Es ist eine Gruppe, die sich erst in den vergangenen dreißig Jahren gebildet hat, seit immer mehr Pakistaner ihr Lebensglück in Deutschland gesucht, dort aber nicht gefunden haben. Eine Gruppe von Rückkehrern, die, wie man im Auswärtigen Amt in Berlin mit Erschrecken feststellt, „kaum oder gar keinen soziokulturellen Bezug zu Deutschland hat und kaum ein Wort Deutsch spricht“. Im Gegenteil, diese Menschen seien fest in der pakistanischen Gesellschaft integriert. „Deren einziger Bezug zur Bundesrepublik ist der Besitz eines deutschen Passes“, sagt ein Beamter.

[...]

Akram kam 2001 nach Deutschland – als Asylbewerber

Der Mann war im Jahr 2001 als Asylbewerber nach Deutschland gereist, hatte dort eine deutsche Frau kennengelernt, kurze Zeit später heirateten sie. Der Verdacht der Behörden, es handele sich um eine Scheinehe, um Akram einen langfristigen Aufenthalt zu ermöglichen, bestätigte sich nicht. Das Gesetz sieht vor, dass ein Ausländer, der drei Jahre lang legal in Deutschland gelebt hat und dessen Ehe mit einem deutschen Partner seit zwei Jahren besteht, einen Antrag auf eine Einbürgerung stellen kann. Dem ist stattzugeben, wenn nicht schwerwiegende Gründe dagegen sprechen.

Ohne Ehe hat seit der Reform der Zuwanderungs- und

Staatsangehörigkeitsgesetze 1999 durch Rot-Gründ jeer Ausländer nach acht Jahren rechtmäßigem Aufenthalt in Deutschland einen Anspruch auf Einbürgerung – vorausgesetzt, er hat keine Straftaten begangen, ist nicht Mitglied einer extremistischen Organisationen und nimmt nicht selbstverschuldet Sozialleistungen in Anspruch. Wer an einem Integrationskurs teilnimmt, kann die Frist auf sieben Jahre verkürzen. Die FDP will diese Zeit auf vier Jahre reduzieren und damit „Offenheit und Aufnahmewillen“ signalisieren.

Akram hat weder Dokumente gefälscht noch hat er einen Schleuser genutzt, er war ja nicht einmal illegal in Deutschland. Ihm hat genützt, dass das Staatsbürgerschaftsrecht trotz hoher Scheidungsraten in der Ehe noch immer eine unerschütterliche, dauerhafte Institution sieht, die allein den Erwerb der Staatsbürgerschaft rechtfertigt. Hat Akram sich schuldig gemacht, weil er die Möglichkeiten dieser Gesetze ausgeschöpft hat?

„Wir haben überhaupt nichts gegen diese Menschen“, sagt der Beamte aus dem Innenministerium. „Wir wundern uns nur, wenn die Politik solche Gesetzeslücken lässt und sich anschließend darüber beschwert, dass Integration nicht so funktioniert, wie man sich das vorgestellt hat.“ Die rot-grüne Bundesregierung, findet der Beamte, habe „eine offenerere, tolerantere Gesellschaft zum Ziel“ gehabt, aber herausgekommen sei, wie die aktuelle Debatte zeige, „vor allem Frust und Ärger“.

Akram sagt, er habe derzeit nicht vor, nach Deutschland zu ziehen. Von Freunden in Deutschland bekomme er mit, wie aufgeheizt die Stimmung derzeit sei und wie schwer es muslimische Einwanderer derzeit hätten.

[...]

Unüblich scheinen solche Fälle nicht zu sein. Die deutsche Botschaft sucht gerade einen Mitarbeiter, „für die Passstelle

der Rechts- und Konsularabteilung auf Vollzeitbasis“, heißt es in der Stellenausschreibung. Der künftige Angestellte soll sich vor allem um eben jene Fälle von Familienzusammenführung kümmern.

Deshalb soll er neben sehr guten Deutsch- und Englischkenntnissen auch Urdu und Punjabi können. Damit ihn alle Deutschen auch wirklich verstehen.

Die FDP scheint mit ihrer Vermutung richtig zu liegen, dass wir unbedingt [an unserer Willkommenskultur arbeiten müssen](#) und dazu als erstes die Einbürgerung erleichtern. So jedenfalls der „Innenexperte“ der FDP. Man sollte wohl noch den Außenminister befragen.

(Gastbeitrag von Chamäleon)